Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 145 | Stolp, Freitag, den 24. Juni 1927 | 51. Jahrgang

Stresemann vor dem Reichstag.

Die Antwort an Poincaré.

Berlin, 23. Juni.

Der Reichstag trug heute wieder einmal das Gepräge eines „großen Tages". Die Tribünen waren schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, und auch das Haus selbst war nahezu lückenlos besetzt. Wenn auch die außenpolitische Rede Dr. Stresemanns über die letzten Genfer Verhandlungen kaum etwas Neues bringen konnte, so sah man ihr doch mit ganz besonderer Spannung entgegen, weil man von ihr eine Antwort auf die Hetzrede Poincarés in Luneville erwartete.

Am Vormittag war ein aus den Abgeordneten v. Lindeiner-Wildau (Deutschn.), Dr. Zapf (D. Vp.) und Dr. Kaas (Zentrum) gebildeter Unterausschuß des unterfraktionellen Ausschusses zusammengetreten, um die von Dr. Kaas abzugebende gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien in den Hauptpunkten zu formulieren. Die Regierungsparteien wollen sich nach Möglichkeit auf diese Erklärung beschränken. Nur im Falle besonderer Angriffe durch die Opposition sind noch weitere Parteiredner in Aussicht genommen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort und führt aus: Ich begrüße es, daß die vorliegenden Interpellationen Gelegenheit geben zu einer Aussprache über die gegenwärtige außenpolitische Lage und über die Tagung von Genf. Die kommunistische Fraktion des Reichstages glaubt in ihrer Interpellation, daß die Erörterungen in Genf den Zweck und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in die antisowjetrussische Front einzugliedern. Ich könnte mich in meiner Antwort auf das beziehen, was die russische „Iswestija" zur Völkerbundstagung gesagt hat. Sie erklärt, daß die Zustimmung Deutschlands zu den antisowjetrussischen Plänen nicht erlangt werden konnte. Aber ich möchte diese äußerst wichtige Frage nicht damit allein abtun. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland würde ein Vorgang sein, der für die gesamte internationale Lage von größter Bedeutung wäre. Deshalb ist auch in Genf über dieses Thema zwischen den Vertretern der beteiligten Regierungen und mir vertrauensvoll und offen gesprochen worden. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte gesagt, daß sich an unserer bisherigen Außenpolitik nichts ändern werde, die durch die abgeschlossenen Verträge, besonders die Verträge von Locarno und Berlin und durch den Eintritt in den Völkerbund charakterisiert ist. Zweifel darüber, ob wir im Ausland Verständnis für den Sinn dieser unserer Politik gewinnen, sind trotzdem aufgetaucht. Ich kann ihnen auf Grund der Genfer Besprechungen mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Von keiner Seite haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, uns von dieser Politik abzudrängen. Im Gegenteil haben die Genfer Verhandlungen dazu beigetragen, Zweck und Sinn unserer Politik den anderen Regierungen gegenüber weiter zu klären und dafür Verständnis und Anerkennung zu finden. Ich kann auf das bestimmteste erklären, daß mir von einer Koalition gegen Sowjetrußland nichts bekannt geworden ist. Ich habe vielmehr die Ueberzeugung gewonnen, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit behalten wollen, ihr Verhältnis zu Rußland selbständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen. (Lachen bei den Kommunisten.) Eine Intervention in die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes kann für uns selbstverständlich nicht in Betracht kommen, ebenso werden wir auch in Zukunft allen Versuchen mit größter Schärfe entgegentreten müssen, die sich etwa von außen gegen unsere eigene Staatsform richten. Darin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit allen anderen Staaten, daß wir einer weltrevolutionären Propaganda entschieden Widerstand entgegensetzen werden. Aber das ist nicht etwa die Folge einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung (Lachen bei den Kommunisten), sondern die rein tatsächliche Folge des allen Staaten gemeinsamen elementaren Gesetzes der Selbsterhaltung. Das hat mit irgendeiner gegen Sowjetrußland gerichteten Politik garnichts zu tun. Das besondere deutsche Interesse geht ausdrücklich dahin, an der Beseitigung aller Spannungen zu arbeiten, die die friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa und in der Welt stören könnten. Unsere Lage verlangt die wirtschaftliche Verknüpfung mit unseren Nachbarländern. Wenn wir damit rechnen sollen, daß ein großes mächtiges Wirtschaftsgebiet von uns etwa abgeschlossen werden sollte in den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen, so würden wir darin eine Gefährdung der Lage in ganz Europa erblicken. Wir haben ein Interesse daran, in engen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen wie mit allen Ländern so auch mit Sowjetrußland zu stehen. Unsere Staatsverfassung steht in schärfstem Gegensatz zu der Sowjetrußlands. Trotzdem kann dieser Gegensatz keinerlei Grund für uns sein, irgendwie an einer Isolierung Sowjetrußlands mitzuwirken. Nur die Universalität der Beziehungen aller Völker, der Austausch geistiger und wirtschaftlicher Werte kann für die Menschheit von Nutzen sein. Von irgendeiner gegen eine Macht gerichteten Aktion würden alle Mächte Schaden haben. Dieser allgemeine europäische Standpunkt ist auch der speziell deutsche Standpunkt.

Zwei Spannungsmomente hat die letzte Zeit gebracht: den Mord des russischen Gesandten in Warschau und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslavien und Albanien. Es war zu befürchten, daß

der Gesandtenmord in Warschau

zu einer außergewöhnlichen Spannung zwischen Rußland und Polen führen könnte. Auf Grund unserer korrekten und guten Beziehungen zu Sowjetrußland waren wir berechtigt und verpflichtet, in freundschaftlicher Weise die Vertreter Sowjetrußlands darauf hinzuweisen, daß der bedauerliche Vorfall nicht zur Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe. Wir wollen den Frieden und befinden uns damit in Uebereinstimmung mit der Auffassung, die in den Genfer Besprechungen einmütig zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben inzwischen mit Befriedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrußland nicht die Absicht hat, diesen Zwischenfall irgendwie zu verschärfen, wenn die Haltung der polnischen Regierung dieselbe bleibt, wie sie bisher gewesen ist. — Beim **Abbruch der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslavien** hat die Reichsregierung auf Grund von Besprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, jenem Komitee in Belgrad beizutreten, das im Falle von Grenzstreitigkeiten die Tatsachen feststellen und dadurch zur Entspannung beitragen soll. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung darüber erzielt, Jugoslavien und Albanien Vorschläge zur Lösung der Fragen zu machen, die zum Abbruch der Beziehungen geführt haben, um die normalen Beziehungen beider Länder wiederherstellen zu können. Ich gebe der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß das Zusammenwirken von England, Frankreich, Italien und uns dieses Ziel erreichen wird.

Ich glaube, das hohe Haus ist damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte zur Entspannung der Lage zwischen anderen Staaten einsetzen. So lange wir eine gleichberechtigte Macht in dem europäischen Konzert sein wollen, können wir uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen.

Der Völkerbundsrat hat in dem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschließung der Reichsregierung zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz entschieden. Inzwischen ist auch das Komitee economique bereits auf den 12. Juli zusammenberufen, um die praktische Verwirklichung der Beschlüsse auf dem

Zolltarifgebiet

vorzubereiten. Die überwiegende Mehrheit der in Genf vertretenen Regierungen hat ähnlich positive Erklärungen abgegeben wie wir. Der Vertreter Großbritanniens ersuchte um eine Abänderung der Entschließung nur deshalb, weil er noch keine formelle Erklärung seines Kabinetts abgeben konnte. Skeptische Einstellung allein ist das schlechteste Mittel, solche Aufgaben durchzuführen. (Zustimmung.) Die Reichsregierung wird sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen. (Rufe links: Auch Schiele?) Die Entschließung ist vom Kabinett einmütig gebilligt worden. (Lachen links.) Die zuständigen Körperschaften, der Reichswirtschaftsrat und der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages, werden sich schon in nächster Zeit mit einer Herabsetzung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben. (Rufe links: Na! Na!)

Das Abrüstungsproblem

ist leider durch die Fülle der Beratungen und Resolutionen beinahe zu einer Geheimwissenschaft geworden. Dabei ist es doch nicht so kompliziert, wenn man es nur entschlossen angreift. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Welcher von unseren Nachbarn könnte von uns noch Sicherungen verlangen? Unsere Entwaffnung bis zur Nacktheit ist doch das äußerste, was man fordern kann. Wir gehen also zu den Abrüstungsverhandlungen nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja eine Frage seiner Existenz. (Erneute Zustimmung.)

Der Minister bespricht dann die Regelung der Memellandfrage und erklärt, das Hauptorgan der Deutschen, das „Memeler Dampfboot" erkennt an, daß das in Genf Erreichte die Durchsetzung der deutschen Forderungen bedeutet. Meine letzte Besprechung mit dem litauischen Ministerpräsidenten vor zwei Tagen in Berlin bestärkt mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu unterhalten. (?) Der Minister behandelt dann weiter

die Zuziehung eines Deutschen zu der Kolonial-Mandatskommission.

Die Mandatskommission besteht aus Mitgliedern verschiedener Nationalität, die besondere Kolonialerfahrung besitzen, die aber nicht von ihren Regierungen abhängig sind. Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Auch der Völkerbund glaubt uns nicht entbehren zu können, er hat uns schon bei verschiedenen Fragen bisher zur Mitarbeit aufgefordert. An der Seuchenbekämpfung unter den Eingeborenen hat Deutschland das Hauptverdienst. Für unsere Wirtschaft ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß uns die Kolonialerfahrung nicht verloren geht. Wir brauchen sie für unsere Betätigung in den Rohstoffgebieten. Da den Beschlüssen des Völkerbundes auch eine Vorbesprechung vorausgegangen ist, kann ich annehmen, daß im September die Zuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt. Mit Enttäuschung ist es aufgenommen, daß der Wunsch der Freien Stadt Danzig in bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Westerplatte noch nicht erledigt worden ist. Die Stadt Danzig will dem Völkerbundsrat neue Vorschläge unterbreiten für eine andere Lösung der Differenzpunkte mit Polen. Das war auch der Grund, der Danzig und uns veranlaßt hat, nicht auf eine sofortige Entscheidung des Völkerbundsrates zu dringen.

Die stärkste Enttäuschung

hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß die Frage der Truppenreduktion im Rheinland bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Die Reduktion der Rheinlandtruppen bildet einen Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarnovertrages abhängig war. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben auf die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion einmal einen formellen und dann einen darüber weit hinausgehenden politischen Anspruch.

Der formelle Grund besteht in der ungenügenden Klarheit der gegebenen Zusagen. Es hat auch die Gegenseite niemals versucht, unser Recht jemals in Frage zu stellen. Die fühlbare Verminderung der Truppen, die in nächster Zeit eintreten soll, kann natürlich nicht mit der Verminderung um 4- bis 5000 Mann gegeben sein. Die Erledigung dieser Frage ist einmal eine Frage des Rheinlandes, das ein Recht auf die Verminderung der Besatzung hat, aber sie ist noch mehr geworden, nämlich der Kampf um die Methode der Locarnopolitik überhaupt. Wenn das Vertrauen zu den sehr feierlich gegebenen Zusagen sich nicht ausbreitet und erschüttert wird durch die Nichterfüllung auf einem Gebiet, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zuversicht auf anderen Gebieten mit erschüttert wird. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße es deshalb, daß der englische Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Zusage in derselben Weise ausgelegt hat wie wir.

Der deutsche Botschafter hat in London vor der Erklärung eine Aussprache gehabt und ihm ist versichert worden, daß nach englischer Auffassung die Erledigung der Fragen der Ostbefestigungen nicht etwa als eine Voraussetzung für die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion im Rheinland anzusehen ist. Die Frage ist eine Frage des Vertrauens geworden, der Ehrlichkeit der Absichten unserer Vertragsgegner, und es liegt nicht an uns, sondern an der unglaublichen Hinauszögerung der Entscheidung, daß die deutsche Oeffentlichkeit die Geduld darüber verloren hat. (Lebhafter Beifall.) Die Zerstörung der deutschen Ostbefestigungen kann in keiner Weise mit dieser Frage verquickt werden. Wenn das deutsche Kabinett sich entschlossen hat, ein oder zwei Experten zur Besichtigung der Ostbefestigungen einzuladen, so war das lediglich ein Akt des Entgegenkommens, weil die deutsche Regierung nichts zu verheimlichen hat und weil die Ostbefestigungsfrage uns zu gering erscheint, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten zu bilden.

Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Oeffentlichkeit um so mehr empfindlich berührt worden durch die Art und Weise, in der der französische Ministerpräsident Poincare in seiner kürzlich gehaltenen Rede geglaubt hat, das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnen zu sollen. Ich kann mir die Widerlegung der gegen die deutsche Kriegsführung gerichteten Vorwürfe ersparen, denn die Aufklärung der Weltöffentlichkeit ist zu weit vorgeschritten, als daß zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen noch Glauben fänden. (Lebhafte Zustimmung.) Erheblicher ist dagegen, was Herr Poincare über die Fragen der Gegenwart gesagt hat. Er will Schlußfolgerungen auf die deutsche Geistesverfassung aus der Tatsache ziehen, daß ein deutsches Kriegsschiff seine Reise angetreten hat, das den Namen „Elsaß" trägt. Das Linienschiff „Elsaß" ist aber schon im Jahre 1903 erbaut worden und hat also vor 23 Jahren seinen Namen erhalten. (Heiterkeit.) Im Artikel 181 des Versailler Vertrages ist uns dieses Schiff ausdrücklich gelassen worden. Wann will Herr Poincare allen Ernstes die Behauptung verfechten, ich sei kein aufrichtiger Anhänger der Locarnopolitik?

Warum bezieht sich Herr Poincare nicht auf die feierliche programmatische Erklärung, die Reichskanzler Dr. Marx nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an dieser Stelle abgegeben hat. Herr Poincare würde der Aufklärung mehr dienen, wenn er diese Erklärung der Gegenwart zitierte, als wenn er aus irgendwelchen Jahrgängen der Vergangenheit irgendeinen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz vorbringt. (Lebhafter Beifall.)

Wenn er weiter sagt, Deutschland müsse erst einmal die Forderungen der Botschafterkonferenz in den einzelnen Entwaffnungsfragen erfüllen, so läßt sich eine solche Aeußerung nur so erklären, daß Herr Poincare der tatsächlichen Behandlung der einzelnen Fragen nicht mehr so nahe steht und über diese nicht mehr genügend informiert ist. Was die vaterländischen Verbände angeht, so sind diejenigen, die sich den gesetzlichen Vorschriften zuwider mit militärischen Dingen befaßt haben, aufgelöst worden. Die Botschafterkonferenz selbst hat Ende Januar schriftlich anerkannt, daß ein Bedürfnis zu weiteren Auflösungen nicht vorliegt.

Von den freigewordenen alten Kasernen ist bereits ein großer Teil dem privaten Erwerbsleben zugeführt und für die Verwertung der übrigen ist mit den Mächten eine am 1. Januar beginnende Frist von fünf Jahren vereinbart worden.

Endlich ist auch die Zerstörung der Unterstände an der Ostgrenze vereinbarungsgemäß erfolgt. Wenn dennoch nichts anderes übrig bleibt, um die auch von ihm als erwünscht bezeichnete Annäherung zwischen unseren Ländern zu erleichtern, so steht diesem großen Ziele auf deutscher Seite nicht das Geringste entgegen. Er kann seine politische Absicht sofort verwirklichen und der deutschen Oeffentlichkeit den Beweis seiner guten Absicht erbringen, wenn er seinen großen persönlichen Einfluß dafür einsetzt, beispielsweise zunächst in der Frage der Truppenreduktion Genugtuung zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Was ist das Ziel Poincares, Ruhrpolitik oder Locarno? Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eins und das andere. (Sehr gut.) Die Geistesverfassung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist in dem Maße dem Geiste der Verständigung gefolgt, wie die europäischen Verhältnisse sich entwickeln. Sie hat daher der Ruhrinvasion Widerstand entgegengesetzt und das Dawesabkommen auf sich genommen. Immer spricht man von der französischen Sicherheit. Es gibt aber keinen verantwortungsvollen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in einen Krieg gegen irgendeine Macht im Westen oder Osten zu hetzen. Wir wollen aber endlich acht Jahre nach dem Kriege die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Wir wollen ein friedliches aber ein freies Volk sein. Unser Volk ist schwer enttäuscht. An Frankreich haben wir die Frage zu richten: Wohin geht Dein Weg? Soll der Geist der Kriegspsychose ewig dauern oder wählst du die Devise „für Friede und Freiheit“? Nicht nur wir sondern alle Völker, die den Frieden wollen, warten auf Antwort. (Stürmischer Beifall.)

Reichskanzler D. Marx reichte dem Redner glückwünschend die Hand.

Die Regierungserklärung.

Abg. Kaas (Ztr.) gibt namens der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt:

Das Deutsche Reich hat durch Taten bewiesen, wie ernst es ihm mit einer ausgleichenden Zusammenarbeit der Nationen ist. Die Haltung der deutschen Delegation bei der Beratung der Erhaltung des europäischen Friedens findet unsere Billigung. Wir billigen das Bestreben der Reichsregierung, unser Verhältnis zu Rußland frei und unabhängig zu gestalten. Mit Nachdruck weisen wir den Gedanken der Einordnung Deutschlands in eine aggressive Front gegen Rußland zurück. (Lebhafte Zustimmung.) Das schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewissen Betätigungsformen der sowjetistischen Politik mit Nachdruck entgegenzutreten und sich der berechtigten Entrüstung anzuschließen, welche die Massenverurteilungen der letzten Wochen in der gesamten Kulturwelt ausgelöst haben.

Mit Recht sieht die Weltöffentlichkeit in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Mächten im albanisch-jugoslavischen Konflikt einen Beweis für die gleichberechtigte Großmachtstellung Deutschlands. Um so unverständlicher ist es, daß man uns immer noch die für jeden Staat selbstverständliche Souveränität vorenthält. Nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen ist durchgeführt worden, auf die Deutschland einen unbestreitbaren Anspruch hat. Mit stärkster Enttäuschung entnehmen wir aus der Rede, daß es dem Reichsaußenminister nicht gelungen ist, die diesem Ziel dienenden Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir erwarten bestimmt, daß es der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die Einlösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen, und zwar ohne deutsche Konzessionen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Erklärung der Regierungsparteien spricht ferner die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Lösung der Frage der Ostfestungen einer endgültigen Bereinigung dieses Streitpunktes dienen wird, und daß die Botschafterkonferenz aufgehoben wird. Mit Befriedigung nimmt die Erklärung das entschiedene Eintreten für die Memeldeutschen zur Kenntnis, ebenso die Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission zu sichern. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auf der Septembertagung die Danziger Forderungen erfüllt werden. Der Redner gibt weiter der Enttäuschung über den Stillstand des Werkes von Locarno Ausdruck, die durch die Ausführungen Poincares verstärkt worden sei. Er fährt fort:

Wenn der Geist dieser Rede zum herrschenden Agens der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und eine dauernde Befriedung Europas aufgegeben werden müssen. Dann würde das Werk von Locarno zusammenbrechen nicht durch Deutschlands Schuld. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich auch weiter neben der kraftvollen Geltendmachung deutscher Rechte von dem Grundgedanken der Vertragstreue, ehrlichen Verständigungswillens und loyaler Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkerbundssolidarität leiten läßt. Nur wenn dem guten Willen Deutschlands auf seiten der übrigen Locarnonationen die gleiche Gesinnung entspricht, wird die zurzeit bestehende Spannung „die Krisis des Locarnogedankens“ bald überwunden und der Weg für die europäischen Mächte frei sein zu gemeinsamer und einträchtiger Aufbauarbeit. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) stimmt der Feststellung des Ministers zu, daß Deutschland das moralische Recht auf die Abrüstung der großen Staaten habe. Jetzt sollten die Völker dafür sorgen, daß ihre saumseligen Regierungen energischer vorgehen. Der Völkerbund sollte endlich einmal mit der Geheimdiplomatie aufräumen, wie sie in Genf noch geübt wird. Wir wollen mit Rußland gute Beziehungen und wehren uns gegen eine Front gegen Rußland. Leider scheinen die Deutschnationalen nicht derselben Ansicht zu sein (?). Der Ueberfall auf die Arcos in London war höchst bedenklich, aber auch die Erschießungen und Geiselmorde in Moskau als Antwort auf den Gesandtenmord in Warschau können keine Sympathie für Rußland erwecken. Wir wehren uns gegen eine aktive Kolonialpolitik Deutschlands (!!), weil wir dadurch in imperialistische Konflikte hineingezogen werden könnten. Der Anspruch Deutschlands auf Räumung der Rheinlande war berechtigt. Die Rede Poincares hat die Lage gewiß nicht gebessert. Seit die Deutschnationalen in der Regierung seien, häuften sich die Schwierigkeiten. Sie tragen die Verantwortung für alle Mißerfolge. Die Sozialdemokratie werde den Weg der Verständigung weiter gehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöcker (Komm.): Von dem Völkerbunde könne man keine Sicherung des Friedens erwarten. Trotz des Völkerbundes werde die kapitalistische Unterdrückungsmethode fortgesetzt. Ein Musterbeispiel dafür sei das Vorgehen Englands gegen Sowjetrußland.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag. Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache.

Hindenburgs 80. Geburtstag.

Keine geräuschvollen Feiern.

Auf zahlreiche im Bureau des Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung eingegangene Anfragen und Vorschläge für die Feier des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten am 2. Oktober ds. J. wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg hat den Wunsch ausgesprochen, daß an seinem 80. Geburtstag von kostspieligen und geräuschvollen Feiern oder Veranstaltungen Abstand genommen werden möchte. Allen, die Hindenburgs an diesem Tage gedenken wollen, ist — einem jeden nach seinen Kräften — Gelegenheit gegeben, dies durch Beteiligung an der „Hindenburg-Spende“ oder Erwerb der „Hindenburg-Briefmarke“ zu tun.

Um der Bevölkerung Berlins und Umgegend Gelegenheit zu geben, an diesem Tage den Reichspräsidenten zu sehen und zu begrüßen, hat sich der Reichspräsident bereit erklärt, am Nachmittag des 2. Oktober (Sonntag) im Stadion eine Huldigung der Berliner Schuljugend entgegenzunehmen. Ein besonders zusammengestellter Chor Berliner Schüler und Schülerinnen wird hier dem Reichspräsidenten einige Lieder vorsingen. Auf dem Wege zum Stadion sollen von den Linden ab Verbände und Vereine, die Studentenschaften und andere Körperschaften sowie die Bevölkerung Spalier bilden, um dem Reichspräsidenten ihre Begrüßung darzubringen.

Weitere Zahlstellen für die Hindenburg-Spende.

In Ergänzung der Mitteilungen über die Hindenburg-Spende wird zur Kenntnis gebracht, daß außer den bereits mitgeteilten Zahlstellen die Reichsbank und sämtliche Reichsbankstellen, alle Privatbanken und Sparkassen mit ihren Nebenstellen, die Kassen der Raiffeisenorganisationen usw. Beiträge entgegennehmen. Mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. treten als weitere Annahmestellen alle Postanstalten und die durch Aushang gekennzeichneten Dienststellen der Reichsbahn in Tätigkeit.

Die Hindenburgmarke.

Reichspostminister Schätzel machte über die geplante Hindenburg-Marke noch folgende Mitteilungen:

„Die Marke wird am Tage des Geburtstages des Reichspräsidenten, also am 2. Oktober, in den Verkehr gelangen. Es handelt sich um eine Wohlfahrtsmarke, die von der Deutschen Nothilfe vertrieben werden wird, aber auch in allen Postanstalten des Deutschen Reiches gekauft werden kann. Da es sich um eine Wohlfahrtsmarke handelt, wird sie mit dem doppelten Preis des aufgedruckten Wertes verkauft werden. Die Hindenburg-Marke wird voraussichtlich in drei Werten gedruckt werden, nämlich zu 5, zu 10 und zu 20 Pfennigen, und

Der Ritt in die Sonne.

Roman von Paul Rosenhayn.

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

„Fragen Sie das im Ernst, verehrter Landsmann? Fragen Sie das im Ernst? Sehen Sie mir ins Gesicht! Es ist vom Wein gerötet, von ordinärem, billigem und schlechten Valdepeñas-Wein. Aber dieser Wein ist bezahlt mit ehrlichem Gelde aus den Taschen eines ehrenhaften und edlen Mannes. Kein Blut klebt daran, Herr Marquis d'Orsay; dieses Geld ist rein wie die Seele eines Kindes. Es adelt den Wein, es adelt den, der es ausgegeben hat, es erhebt den, der es empfing, in die Regionen des Himmels, in den die Guten und Braven kommen. Verstehen Sie mich, Herr Marquis? Ehrliche und treue Arbeit hat dies Geld geschaffen. Es weiß nichts von Männern, die sich in seidenen Kissen wiegen — die ihren Chateau d'Yquem schlürfen in dem behaglichen Bewußtsein, daß in dieser Stunde ein neuer Leichenkondukt durch die Straßen von Neuilly fährt, mit neuen Toten, die ihr Leben gelassen haben, damit ihr Herr auf den Höhen des Lebens wandle.“

„Portier!“ rief der Marquis, „dieser Mann ist betrunken; Sie haben wohl die Güte, ihn hinauszuwerfen.“

„Sie irren, Herr Marquis,“ sagte Lamigeon mit einem Blick auf den unschlüssig dastehenden Hotelbediensteten, „in diesem Lande hat Ihr Name keine Macht. In diesem Lande, so bigott und rückständig und kulturlos es sein mag, bin ich ein Caballero so gut wie Sie. Sie dürfen mir das Glück nicht rauben, Ihnen die Worte ins Gesicht zu sagen, auf die ich mich seit Monaten freue. Ich zürne Ihnen nicht, Herr Marquis. Weder beneide ich Sie, noch habe ich den Wunsch, daß es Ihnen schlecht ergehen möge. Bleiben Sie, der Sie sind. Die Sterne haben mir erzählt, daß ein Mann wie Sie nicht glücklich sein kann. Alle Dinge haben ihr Maß, alle Taten und alle Wege gehorchen ihrem Rhythmus, alles ist begrenzt und vorbestimmt. Es ist ein kleines und armseliges Glück, das Sie genießen; weder Ihre herrlichen Paläste noch der Luxus, mit dem Sie sich umgeben, könnte mich auf den Gedanken bringen, mit Ihnen tauschen zu wollen. Sie sind ein Knecht des Mammons, Sie sind untertan der Gier, die vom Teufel ist. Sie sind unfrei, ein Sklave der Dinge, ein Narr Ihrer Umgebung, tausendmal unfreier als ich. Ihre Tage sind herrlich — aber entsetzlich sind Ihre Nächte. Die Geister der Menschen, die für Sie gestorben sind, wandeln durch Ihre Träume — ihre Leiber pressen sich auf Ihre Brust, vermischen sich in Ihre Fieberphantasien, ihre Hände umklammern Ihre Gurgel, Herr Marquis, und es ist der Tod, der aus allen Ecken in Ihr Antlitz grinst, derselbe Tod, den Sie hundertfach zu Ihrem Bundesgenossen gemacht haben. Sie werden gestraft werden an dem, was Sie gesündigt haben, und alle Gerechtigkeit der Welt wird sich an Ihnen erfüllen, wie sie sich erfüllt hat an den Tyrannen von altersher. Dies, Herr Marquis, wünschte ich Ihnen zu sagen. Ich habe die Ehre, Herr Marquis.“

Damit ging Herr Lamigeon hinaus und hinterließ vier Sprachlose. Selbst der Portier sah ihm mit offenem Munde nach, und als er ein wenig scheu den Kopf zu d'Orsay zurückwandte, lag es wie ein leises Grauen in seinen Augen.

Der Kellner erschien mit dem Mokka und den Likören; dienernd, devot, wie es dem Dienstboten zukam, der den Marquis d'Orsay, Großindustriellen aus Paris, zu bedienen die Ehre hatte. Er schenkte ein. Der Marquis stürzte ein Glas mit einer kristallklaren funkelnden Flüssigkeit hinunter. Dann stellte er das Glas klirrend auf den Tisch und sagte aufatmend:

„Es ist eigentlich schade, daß er so schnell fortgegangen ist. Es hätte mir wirklich Spaß gemacht, seinen Unsinn noch ein wenig zu hören.“

Niemand antwortete auf den Scherz.

Der Marquis blickte in die Runde, er heftete seine Augen auf Dina, die blassen Gesichts vor sich hinstarrte. Er sah prüfend Jonny Reimers an. Der saß unbeweglich, bleich, starren Auges. Und er blickte auf Fritz, um dessen Mundwinkel sich ein energischer Zug formte, fast so, als ob er im Begriff wäre, irgendeinen Entschluß von schwerwiegendem Ernst zu fassen.

„Sie nehmen doch hoffentlich diesen Schwätzer nicht ernst, Lieber Corneille? Das täte mir leid; nicht um mich, sondern um Sie. Ich kenne ihn nicht einmal, ich habe ihn nie gesehen.“

„Sie erinnern sich nur nicht,“ sagte Fritz kühl. „Er war Arbeiter in Ihrer Färberei. Er hat mir von den vielen Opfern erzählt, die Ihre Fabrik fordert.“

De rMarquis lachte auf. „Dabei ist er wohl und munter geblieben, wie Sie sehen.“

„Sein Bruder ist in Ihren Diensten gestorben. Und rechts und links hat er die Freunde sterben sehen.“

„Ausschneiderei! Er ist aus Taracon! Wissen Sie, was das bedeutet? Kennen Sie den Maulhelden Tartarin aus Tarascon?“

„Um es offen zu sagen, Herr Marquis: ich glaube nicht, daß es Ausschneiderei ist.“

„Ich weiß von keinen Todesfällen in meiner Fabrik.“

„Verzeihung. Wir selbst haben Ihre Fabrik besichtigt; wir haben nicht nur die hohlwangigen Arbeiter mit eigenen Augen gesehen, uns ist auf der Hauptstraße von Neuilly überdies ein Leichenwagen begegnet mit zwei Särgen: es waren Angestellte der Farbenabteilung. Ihrer Farbenabteilung, Herr Marquis.“

„Die Leute bekommen einen halben Dollar die Stunde. Und niemand zwingt sie, die Stellung anzunehmen.“

Fritz wurde rot; das mochte aufsteigender Zorn sein. „Niemand zwingt sie. Das ist im Ernst kein Einwand. Die Not zwingt die Menschen, nach einem Verdienst zu greifen, der lockend leicht ist. Die Not verwirrt ihnen den Blick für die Gefahr, in die sie sich begeben. Jeder hofft: so schlimm wird es vielleicht nicht sein. Mich wird es nicht gerade treffen. Und dennoch trifft es ihn.“

„Wollen Sie mich verantwortlich machen für die Not? Für den Hunger?“

„Herr Marquis,“ sagte Fritz in schärferem Ton, „ich hätte nicht geglaubt, daß Sie mit Argumenten kämpfen würden, die ich als verächtlich bezeichnen muß.“

„Herr Vandergult.“

„Sie beuten die Notlage der Menschen aus. So liegen die Dinge und nicht anders. Sie wissen, daß die Not sie zwingt, nach dem Sündenlohn zu greifen, den Sie ihnen bieten. Sie verbünden sich mit der Not, Sie nutzen sie aus zu Ihrem Vorteil, und es ist Ihnen gleichgültig, daß Sie damit Hunderte in den Tod treiben. Jeder Wucherer wird bestraft, weil er die Notlage seiner Mitmenschen ausbeutet, um sich zu bereichern. Sie tun viel Schlimmeres: Sie treiben die Menschen in den Tod.“

„Jetzt verstehe ich,“ sagte der Marquis eisig. „Der Präfekt von Paris machte mir Andeutungen, daß jemand eine Denunziation gegen mich erstattet hätte. Ich glaube, ich ahne, wer dieser Jemand gewesen ist.“

„Ihre Ahnung trügt Sie nicht.“

„D'Orsay schürzte die Lippen. „Wenn Sie ein solcher Philantrop sind, Herr Vandergult, dann ist mir eins unverständlich: Sie sind um ein Vierfaches reicher als ich. Sie nehmen Anstoß an einer menschenmörderischen Industrie; so belieben Sie sie zu nennen. Sie haben gesehen, daß die Polizei es ablehnt, ja, daß sie gar nicht die Möglichkeit hat, mir dreinzureden. Warum kommen Sie nicht auf das Allernächstliegende? Der Ausweg, der sich Ihnen bietet, ist so ungemein einfach, daß jedes Kind ihn erkennt. Warum kaufen Sie mir die Fabrik nicht einfach ab? Dann können Sie Ihre Skrupel mit einem Federzug aus der Welt schaffen. Sie brauchen die Abteilung für Färberei, an der Sie solch menschenfreundlichen Anstoß nehmen, einfach zu schließen. Verwandeln Sie sie in ein Sanatorium. Machen Sie ein Tuberkuloseheim daraus. Warum tun Sie es nicht, Herr Vandergult? Solange Sie es nicht tun, muß ich Ihre Entrüstung für Komödie halten.“

Fritz sah ihm schweigend ins Gesicht. Alle hielten den Atem an.

„Tu es,“ sagte Dina leise.

„Sie hat einen Wert von zwei Millionen. Für diesen Preis steht sie Ihnen auf der Stelle zur Verfügung.“

Aller Augen richteten sich auf Fritz.

Der Marquis klatschte in die Hände. „Ich wünsche die Rechnung.“

Dumpfes Schweigen stand zwischen den vieren.

D'Orsay hielt den Blick unverwandt auf Fritz gerichtet — und während, unter der intensiven Spannung dieser stummen Frage, die Züge Fritz Jacobsens schlaff und blutleer wurden, trat langsam ein Lächeln in d'Orsays Gesicht. Es glomm in der Tiefe seiner Augen auf — es färbte seine vollen straffen Wangen mit dem Rot einer höhnenden Freude.

(Fortsetzung folgt.)

soll in der ersten Zeit, in Form von Markenheftchen verkauft werden, die 20 Fünfpfennig-, 20 Zehnpfennig- und 10 Zwanzigpfennig-Werte enthalten und 10 Mark kosten.

Stadt. Kreis. Provinz

Postwirtschaftstagung.

Auf Veranlassung der Oberpostdirektion Köslin tagte gestern nachmittag im Sitzungssaale der Handelskammer eine Versammlung höherer Postbeamter und Vertreter des Handels und Gewerbes aus dem ganzen Regierungsbezirk, um postwirtschaftliche Fragen zu besprechen. Der Präsident der Oberpostdirektion, Preuß, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, um dann auf die Organisation der Reichspost zu sprechen zu kommen. Die Reichspost sei ein Wirtschaftskörper, der wirtschaften müsse, wie ein verständiger Kaufmann. Daneben sei sie aber auch Reichsbehörde, der das Verkehrsinteresse, auch das in verkehrsarmen Gegenden, anvertraut sei. Zu den verkehrsärmsten unter allen Postbezirken zähle unser Köslíner Bezirk. Auf die Lage der Finanzen übergehend, hob Redner hervor, daß die Wirtschaft sich mit einer

Erhöhung der Postgebühren

werde abfinden müssen. Eine solche sei unausbleiblich. Das Kammermitglied Kaufmann Adolf Lewin, begrüßte hierauf die Gäste im Namen der Handelskammer. Oberpostrat Ehle sprach nunmehr über „Die Aufgaben der Deutschen Reichspost gegenüber der Wirtschaft." Redner schilderte den Entwicklungsgang der Reichspost seit den Tagen der Inflationszeit und ihrer Loslösung aus dem Reichshaushalt. Wohl habe die Post Gebäude und Einrichtungen im Werte von 1,25 Milliarde Mark mit auf den Weg erhalten, aber keine Barmittel. Sie habe gegen früher umlernen müssen und hätte sich als oberste Aufgabe gesetzt, der Wirtschaft mehr als bisher Helfer zu sein. Deshalb habe sie ihr Personal mit der Wirtschaft in Verbindung zu bringen versucht. Leider sei bei dem Personal von 330 000 Köpfen in 47 000 Postanstalten der neue Geist noch nicht bis in die feinsten Kanäle vorgedrungen. Dann gab der Redner ein Bild der ungeheuren Leistungen der Reichspost. Täglich müßten 13 000 Eisenbahnzüge mit 26 Millionen Kilometer Entfernung befahren werden. Die Einnahmen aber seien im Verhältnis zu den großen Leistungen der Reichspost nicht gestiegen; im Gegenteil hätte die Reichspost große Zuschußbetriebe. Dazu gehöre u. a. der Zeitungsdienst, der jährlich 30 Millionen Mark Zuschuß erfordere, und der Telephondienst mit 27 Millionen jährlichem Zuschuß. Eine ganze Anzahl von Millionen erfordere auch der Scheckdienst. Redner kam dann auf die Leistungen der Post im Kösliner Bezirk zu sprechen. Es seien von ihr 40 Millionen Briefsendungen, 4,5 Millionen Pakete, 4 Millionen Postanweisungen, 16 Millionen Zeitungen und 300 000 Telegramme im letzten Jahre befördert worden, während die Zahl der ermittelten Orts- und Ferngespräche 10 Millionen betragen hätte. In geldlicher Hinsicht sei unser Bezirk ein Sorgenkind der Verwaltung gewesen. Stets sei er unter dem Soll geblieben. Darum müsse überall gespart und rationell gewirtschaftet werden in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Postdirektor Brick-Stolp besprach hierauf

die neue Fernsprechordnung.

Redner ging in ausführlicher Weise auf die neue Ordnung ein und zeigte, daß ein jeder Anschluß 800—1000 Mark Kosten verursache. Die Steigerung der Zahl der Anschlüsse betrage jährlich 9,3 v. H. Mehr als 20 000 Anmeldungen seien jährlich unerledigt geblieben. Dem starken Anwachsen ständen aber leider keine entsprechenden Einnahmen an Gesprächen gegenüber. Die Selbstkosten würden nur gedeckt, wenn von den Hauptanschlüssen monatlich 125 Gespräche ausgingen. Das sei aber leider nicht der Fall. Darum habe man eine Grundgebühr eingeführt. Weiter komme hinzu, daß der Fernsprecher das Defizit des Telegraphen-Betriebes in jährlicher Höhe von 27 Millionen Mark zu tragen habe. Die Einrichtungsgebühr betrage vom 1. Mai d. Js. ab für den Hauptanschluß 80 Mark, für den Nebenanschluß 30 Mark, außerdem für Selbstkosten an Arbeitslohn etwa 20 Mark. Weiter betragen die Gebühren im Ortsverkehr im Ortsnetze bis 50 Hauptanschlüssen 3 Mark (flaches Land), von 50—100 Hauptanschlüssen 4 Mark (Stolpmünde), 100—200 Hauptanschlüssen 5 Mark (Bütow, Dramburg), 200—500 Hauptanschlüssen 6 Mark (Lauenburg, Neustettin), 500—1000 Hauptanschlüssen 6,50 Mark (Köslin, Kolberg), 1000—5000 Hauptanschlüssen 7 Mark (Stolp). Die Gebühr für Ortsgespräche betrage 10 Pfennige. An Gebühren für Ferngespräche würden erhoben für Entfernungen von 5—15 Kilometern 0,30 Mark, 15—25 Klm. 0,40 Mark, 25—50 Klm. 0,70 Mark, 50—75 Klm. 0,90 Mark, 75—100 Klm. 1,20 Mark und für je 100 Klm. mehr 0,30 Mark Zuschlag. — Nunmehr kamen eine ganze Reihe postalischer Wünsche zur Besprechung. So wurden u. a. zur besseren Abwickelung des Postverkehrs offene Schalter in den Postämtern gewünscht. Hierzu konnte mitgeteilt werden, daß dieser Wunsch zwar berechtigt wäre, die Durchführung dieser Einrichtung aber viel Geld kosten würde, da vielfach größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden müßten. Man wolle sich aber dadurch helfen, daß bei den Aemtern 1. Klasse Bankschalter, bei denen 2. Klasse Glaswände eingerichtet werden. Bei den Aemtern 3. Klasse werde es aber wahrscheinlich bei der alten Einrichtung verbleiben. Weiter wurde, soweit es möglich, Abhilfe in einer ganzen Anzahl von Wünschen zugesagt. Aus dem Verlaufe der Sitzung ist u. a. zu erwähnen, daß nach den ministeriellen Richtlinien in Städten unter 100 000 Einwohnern nur eine tägliche zweimalige Briefbestellung und eine einmalige Paketzustellung zu erfolgen hat. In vorgerückter Abendstunde konnte die Versammlung dann durch den Präsidenten der Oberpostdirektion mit Dankesworten an die Erschienenen geschlossen werden.

*

Die Schrift im Erstunterricht. Die neuzeitliche Handhabung des Erstunterrichts im Schreiben und Lesen, bei der vielfach mit der Lateinschrift begonnen wird, birgt die Gefahr in sich, daß die Kinder unsrer angestammten deutschen Schrift entfremdet werden. Die deutsche Schrift ist ein aus deutscher Wesensart gewachsenes Kulturgut, das wir uns nicht rauben lassen dürfen und das wir unsern Kindern erhalten müssen. Der Bund für deutsche Schrift" hat deshalb im Vereine mit anderen deutschen und österreichischen Schriftbünden eine Unterschriftensammlung in die Wege geleitet, die sich gegen diejenigen neuzeitlichen Unterrichtsarten richtet, durch die unsere Kinder zu Lateinschriftlern erzogen werden. Jeder Deutsche, der Verständnis für den Kulturwert unserer Schrift hat, sollte es nicht versäumen, bei der Geschäftsstelle des Bundes für deutsche Schrift, Berlin W. 30, Motzstraße 22, Vordrucke für die Unterschriftensammlung einzufordern.

Chausseesperre. Wegen Neuschüttungsarbeiten wird die Chaussee Mahnwitz—Klenzin zwischen Dammen und Großendorf vom 27. Juni bis 4. Juli, und zwischen Großendorf und Klenzin vom 5. Juli bis 9. Juli d. Js. für den Lastverkehr gesperrt.

Verleihung von Ehrenurkunden. Der Minister für Volkswohlfahrt beabsichtigt, für kleinere turnerische und sportliche Wettkämpfe, für die die Verleihung der Plakette nicht in Frage kommt, z. B. Kreiswettkämpfe, eine Ehrenurkunde zu schaffen. Die Verhandlungen wegen Erteilung eines Auftrages an einen namhaften Künstler zur Anfertigung eines entsprechenden Entwurfes sind noch nicht zum Abschluß gekommen

Der Kriegerverein 1876 hielt am 21. d. Mts. im Schweizergarten seine Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gedachte mit warmen Worten der entschlafenen Kameradenfrauen Krüger und Gottschalk. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Plätzen. Neuaufgenommen wurden 5 Kameraden und durch den 1. Vorsitzenden zur treuen Kameradschaft durch Handschlag verpflichtet. Am 30jährigen Stiftungsfest des Kriegervereins Gr.-Briskow nimmt der Verein mit Fahnen teil. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 3. Juli d. Js. in den Räumen des Schützenhauses statt. Eröffnet wird das Fest mit Konzert und Kinderbelustigungen im Garten. Die Mitglieder zahlen pro Person 0,50 RM. und Gäste 1 RM. Eintrittsgeld; Kinder unter 14 Jahren haben freien Zutritt. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt der als Gast erschienene Vermessungsdirektor Landau einen Vortrag über die Besiedlung Pommerns durch Friedrich dem Großen. Der Vortrag zeigte, daß Friedrich der Große nicht nur ein großer Feldherr, sondern auch ein vorbildlicher Landesvater war. Lebhafter Beifall und der Dank des Vereins wurden dem Vortragenden ausgesprochen. Die Versammlungsteilnehmer blieben alsdann noch längere Zeit in echt kameradschaftlicher Stimmung beisammen.

Scholpin, Kr. Stolp. Schiffssprengung durch die Marine. — Im April strandete auf der Höhe von Scholpin einer dänischer Motorsegler, dessen Besatzung ertrank und bisher nicht an Land gespült wurde. Das ein Verkehrshindernis für die Fischer bildende, in 16 Meter Tiefe liegende Wrack ist jetzt von einem Sprengkommando der Reichsmarine gesprengt worden. Vor der Sprengung durchsuchte auf Bitten der Angehörigen der Besatzung ein Taucher das Schiff, fand aber keine Leichen in den Räumen.

Bütow. Zu dem deutsch-polnischen Grenzzwischenfall, über den wir berichteten und welcher in der völlig ungerechtfertigten Verhaftung des deutschen Grenz-Kriminalbeamten Block am ersten Pfingstfeiertage seinen Grund hatte, erfährt der „Büt. Anz." aus zuverlässiger Quelle, daß Block jetzt in Konitz in Haft gehalten wird und polnischerseits gegen ihn wegen Spionage ein Verfahren eingeleitet worden ist. Block ist gegen jede Gepflogenheit im Grenzverkehr von den Polen verhaftet worden. Der Fall steht ganz einzig da und verstößt gegen jeden internationalen Brauch. Andererseits lehrt dieses an sich traurige Vorkommnis aber auch, mit wie großer Vorsicht der Umgang mit den polnischen Grenzbeamten zu pflegen ist. Ein Haftbefehl gegen Block hat bereits seit einiger Zeit bestanden, denn die polnischen Beamten hatten schon bei Festnahme des B. den Haftbefehl in der Tasche. Wie wir weiter erfahren, dürfte die Verhaftung des B. auf einen Racheakt zurückzuführen sein, der seinen Grund darin hat, daß B. genau vor einem Jahre — auch während der Pfingstfeiertage — bei Ausübung seines Dienstes hier im Grenzkreise Bütow einen angeblichen polnischen Spion festgenommen hat. Dieser verhaftete Pole mußte schließlich über die Grenze abgeschoben werden und hat dabei geäußert, sich an Block zu rächen. Seit der Verhaftung Blocks wahren die polnischen Grenzbeamten größte Zurückgezogenheit. So holten die polnischen Beamten ihren Bedarf an Trinkwasser früher täglich von dem deutschen Grenzorte Sonnenwalde, aber seit der Verhaftung Blocks hat sich kein Pole mehr in Sonnenwalde sehen lassen. Auch die im Bereiche unserer Bütower Grenze wohnenden Deutschen haben seit der Verhaftung Blocks einen schweren Stand. In Lippusch wurden z. B. in der vergangenen Woche vier Deutsche, auch Frauen, von den Polen verhaftet, darunter der Gutsbesitzer Pirch und der Mühlenbesitzer Richter. Sämtliche Verhafteten sollen aber wieder freigelassen worden sein bis auf Richter, der die verlangte Kaution nicht aufbringen kann. — Die Meldungen von Massenverhaftungen früherer Deutscher, die hier im Grenzgebiet kursieren, bestätigen sich nicht.

Köslin. Demokratische Kampfesweise. — Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Versammlung der Pommerschen Bauernschaft statt. Zu dieser Versammlung waren die Abgeordneten Lemmer und Meinecke von der Demokratischen Partei erschienen. Es zeigte sich in der Versammlung, wie diese Bauernschaft mit der Demokratischen Partei Arm in Arm geht. Bezeichnend ist es für die Art ihrer Kampfesweise, daß die Versammlungsleitung dem Vertreter des Landbundes auf alle Angriffe hin nicht das Wort erteilte, und ferner einen Antrag, dem Landbund das Wort zur Verteidigung zu geben, da er angegriffen sei, nicht zur Abstimmung brachte. So sieht die Kampfesweise und der Bauernfang der Wolffgramm-Partei der Demokraten aus.

Kolberg. Im brennenden Hause getötet. In dem mit Rohr gedeckten Wohnhaus des Besitzers Pagel in Altwerder, Kr. Kolberg, entstand Feuer, das in kurzer Zeit das ganze Gebäude zerstörte. Der dort als Mieter wohnende Arbeiter Gustav Borchardt fand den Tod in den Flammen. Die Möbel konnten zum größten Teil geborgen werden.

Regenwalde. Zur Vorsicht mahnt folgender Vorfall: Der Zementwarenbesitzer L. in Neu-Labuhn brannte den lästigen Besenginster auf einer Parzelle ab. In riesiger Schnelligkeit verbreitete sich das Feuer über die ganze Fläche und ergriff die daran grenzende Tannenschonung. Es brannten in kurzer Zeit etwa 6 Morgen ab. Schließlich gelang es den herbeigeeilten Personen, auch die hiesige Feuerwehr war alarmiert, das Feuer zu dämpfen. Durch die Unvorsichtigkeit ist bedeutender Schaden entstanden.

Radun, Kr. Arnswalde. Der Bock als Gärtner. — Unser Nachtwächter entpuppte sich als ein unredlicher Mann. Eine bei ihm vorgenommene Untersuchung förderte allerhand Diebesgut zutage. Fünf bei dem Gemeindevorsteher von andern Dieben gestohlene Hühner [illegible] verkaufte der Nachtwächter in Arnswalde für 10 Mark und teilte [illegible] mit seinen Genossen den Erlös.

Schönrade, Kr. Pyritz. Von einem Bullen zu Tode gedrückt wurde der Schweizer Grünke, der bei dem Gutsbesitzer Melzer bedienstet ist. Als der Schweizer einen Deckbullen festmachen wollte, wurde das Tier wild und preßte ihn derart zwischen Krippe und Wand, daß der Brustkasten eingedrückt wurde und Grünke nach wenigen Stunden starb.

Stettin. Bei einer Reichswehrübung ertrunken. — Von einer Abteilung der in Alt-Lietzegöricke zu einer Brückenbauübung einquartierten Pionierkompagnie schlug bei einer sportlichen Spielübung auf der Oder ein mit zwei Mann besetztes Paddelboot infolge des starken Sturmes um. Während sich der eine Insasse retten konnte, ertrank der andere, ein Schütze aus Kassel von der 3. Komp. des 5. Infanterie-Regiments aus Stettin.

Greifswald. Die Sonnenwendfeier der Greifswalder Studentenschaft. — Wie alljährlich, so feierte Greifswalds Studentenschaft das Fest der Sonnenwende gemeinsam mit den Vaterländischen Verbänden. Am Dienstagabend um 10 Uhr marschierten die Verbindungen mit ihren Fahnen, die Chargierten in Wichs, und die Vereine unter Vorantritt einer Musikkapelle und begleitet von einer dichten Menschenmenge hinaus zum Bismarckturm. In dem Zuge sah man auch den Rechtor der Universität, Prof. Dr. D. Frhrr. v. d. Goltz und den Protektor, Professor Dr. Krüger, sowie andere Angehörige des Lehrkörpers der Universität. Als der imposante Zug, der mehr als 1500 Teilnehmer faßte, sich dem Bismarckturm näherte, flammte plötzlich das Sonnenwendfeuer hoch oben auf dem Turme auf und grüßte die deutsche Jugend und alle deutschen Frauen und Männer, die Platz und Straße eng umsäumt hatten. Nachdem die Fackeln entzündet waren, hielt der Vorsitzende des Hochschulrings Deutscher Art, stud. Kuhnau, die zündende Flammenrede, in der er an die Bedeutung des Sonnenwendfeuers gemahnte, das auch unsere Herzen läutern, und uns im Geiste Bismarcks wieder zu einem einigen deutschen Volk schmieden soll. Das Sonnenwendfeuer ist das einigende Feuer, durch das wir alle hindurch müssen; das deutsche Volk wird wieder führend in der Welt werden, wenn wir wieder Opfer bringen wie 1813, den Willen zur Macht haben wie 1870 und die Begeisterung von 1914 in uns tragen. Mit dem Rütlischwur schloß er seine begeisternde Ansprache. Nach dem Absingen des alten Studentenliedes „Burschen heraus" setzte sich der Zug zum Marktplatz in Bewegung, wo die Fackeln unter dem Klang des „Gaudeamus igitur" am Kriegerdenkmal zusammengeworfen wurden. Singend zogen dann die einzelnen Verbindungen auf ihre Häuser.

Stralsund. Ein frecher Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag im Kloster St. Annen und Brigitten ausgeführt. Gegen 3,30 Uhr schreckte eine alte Klosterinsassin durch Geräusch in ihrem Zimmer auf und sah, wie sich ein Einbrecher mit vollständig bewickeltem Kopf das elektrische Licht angezündet hatte und an Schrank und Schreibtisch zu schaffen mochte. Sie rief ihm zu: „Was wollen Sie hier, Sie frecher Kerl?" Der Unbekannte stellte nun die kleine Lampe hin, entnahm der auf dem Tisch liegenden Handtasche drei Mark, verschloß dann die Stubentür von außen, steckte den Schlüssel ein und verschwand.

*

Wie wird das Wetter?

Bericht der Deutschen Seewarte.

Die Auffüllung der großen nördlichen Depression macht weitere Fortschritte. Ihr nördliches Randtief hat jedoch hierbei einen wesentlichen Teil der Luftmassen des westlichen Hochdruckgebietes abgesaugt, so daß dies an Kraft mehr und mehr verliert und in seiner Vorwärtsbewegung augenblicklich nahezu vollständig aufgehalten ist. Dagegen läßt ein anhaltender Druckfall über ganz Mitteleuropa eine weitere Ausbreitung des Nordseetiefes nach Südosten erwarten, so daß nach der gegenwärtigen Wetterberuhigung auch in Pommern wieder eine Umgestaltung des Witterungscharakters zu erwarten ist.

Wetter-Vorhersage: Frische, vorwiegend westliche Winde, wolkig, kühl, zeitweise Regen. Gewitterneigung.

*

Schöffengericht.

Ein Beleidigungsprozeß mit politischem Hintergrunde stand heute zur Verhandlung. Es hatte sich der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Alfred Schacht, wegen Beleidigung des Volksschullehrers Priebe zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem Artikel in Nr. 3 der „Deutschnationalen Blätter" vom März d. Js. erblickt, die der Angeklagte redigiert. In dem Artikel wurde Priebe als Führer des Reichsbanners vaterlandslose Gesinnung vorgeworfen. Nach Stellung eines Strafantrages wurde gegen Schacht öffentliche Anklage erhoben. Er wurde durch Rechtsanwalt v. Koenen verteidigt. Lehrer Priebe war als Nebenkläger zugelassen und durch Rechtsanwalt Dr. Müllerheim vertreten. Den Vorsitz des Gerichts führte Landgerichtsrat Dr. Koch, die Anklage wurde durch Staatsanwalt Dr. Lindemann vertreten. Zur Sache bemerkte der Angeklagte, daß er nur die politische Einstellung des Privatklägers habe treffen wollen und er das Recht zu haben glaube, diese kritisieren zu dürfen. Dann verbreitete er sich über das Reichsbanner und bezweifelt, daß dieses staatsbejahend sei. Ein Lehrer, ein Erzieher der Jugend aber müsse die nationalen Belange in die Jugend hineintragen und deshalb sei ein Reichsbannerführer seiner Ansicht nach als Lehrer deutscher Kinder nicht geeignet, aus welchem Grunde er sich zu seiner Kritik berechtigt geglaubt habe. Vom Anklagevertreter wurde eine Geldstrafe von 500 Mark und Veröffentlichung des Urteils beantragt. Das Urteil lautete auf 200 Mark und Publikationsbefugnis. — Gegen das Urteil will der Angeklagte Einspruch erheben.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. —,— (am 22. 6. —,—). Roggen Märk. 275—277 (277—279). Gerste 241—275 (241—275). Inländische Futtergerste —,— (—,—). Wintergerste —— (—,—). Hafer Märk. 253—259 (254—260). Mais loko Berlin 188—190 (189—191). Weizenmehl 37,25—39,25 (37,25—39,25). Roggenmehl 35,40—37,40 (35,50—37,50). Weizenkleie 14,75 (15,00). Roggenkleie 17,00—17,25 (17,25). Raps —,— (—,—). Leinsaat —,— (—,—). Viktoriaerbsen 43—55 (43—55). Kleine Speiseerbsen 27—30 (27—30). Futtererbsen 22—23 (22—23). Peluschken 20,50—22 (20,50—22). Ackerbohnen 21—23 (21—23). Wicken 22,00—24,50 (22,00—24,50). Lupinen blaue 15,00—16,00 (15,00—16,00). gelbe 18,00—18,00 (16,00 bis 18,00). Serradella —,— (—,—). Rapskuchen 15,40—15,80 (15,40—15,80). Leinkuchen 19,00—19,90 (19,00 bis 19,90). Trockenschnitzel 12,50—13,20 (12,60—13,20). Sojaschrot 19,00—19,60 (19,30—19,80). Torfmelasse —,— (—,—). Kartoffelflocken 33,50—34 (33,50—34).

Berlin, 23. Juni. 1. Sorte 1,53, 2. Sorte 1,43, abfallende 1,29 ℳ. Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen vom 23. Juni. Per 1000 Kg.: Roggen, inl. 282. Hafer 259—263, Sommergerste 256—274.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft Straßensperrung.

Wegen Neupflasterung wird die Chausseestraße von der Quebbenstraße bis einschließlich Poststraße vom 24. Juni d Js ab für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Der Verkehr wird durch die Yorkstraße, Radeberg, An der Plantage umgeleitet.

Stolp, den 24. Juni 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Grasverpachtung.

Der Graswuchs der Terrassen vor den Friedhöfen und des Birkenwäldchens längs der Kassuberstraße soll für 1927 meistbietend verpachtet werden.

Angebote werden bis zum 28 d. Mts. im Amtszimmer der Gartenverwaltung, An der Plantage 7, entgegengenommen.

Stolp, den 22. Juni 1927.

Der Magistrat.

Das billigste und beste Futter für Mastvieh und Pferde ist

Maisschrot

dasselbe kostet bei mir nur

10,90 Rmk. per Zentner

und ist prompt in jeder Menge lieferbar.

Eduard Frankenstein
Stolp i. Pom.
Tel. 958/965 Wollweberstraße 17.

Zweig-Niederlage Stolpmünde
Mittelstraße 15, am Markt.

Fordern Sie bei Ihrem Kaufmann

Zörner-Kaffee

— stets frisch vom Röster —
aber

Schutzmarke Löwe.

Jung u. schlank,

geschmeidig und widerstandsfähig wird unser Körper bei dem täglichen Genuß von

Dr. Axelrod's Yoghurt,

der nicht nur die Verdauung regelt, sondern auch den Darm reinigt und anregt.

Fragen Sie Ihren Arzt!

In Stolp nur bei den Verkaufsstellen und Milchwagen der Molkerei **Stop** erhältlich.

Weinhandlung Bahnhofshotel.

Um zu räumen
verkaufe meine Bestände in erstklassigen

Weiß-, Rot- u. Schaumweinen
sowie **Spirituosen**
unter Tagespreis.

In Weinstuben:
Anerkannt gediegene Küche.
Mittagstisch auch im Abonnement.

Abgeschlossene Räume für kleinere Gesellschaften

A. Schmidt.

Aufruf
an das Grenzlanddeutschtum Ostpommerns.

Die Feier des Abstimmungssieges von Ost- und Westpreußen wird in Danzig am 10. Juli ds. Js. mit einem „Deutschen Tag" begangen. Der deutsche Ostmarkenbund-Stolp veranstaltet dazu in engster Arbeitsgemeinschaft mit den unterzeichneten Verbänden eine Ostlandfahrt zu Schiff nach Danzig und ladet hiermit diejenigen Grenzlanddeutschen Ostpommerns dazu ein, die mit dazu beitragen wollen dem von dem polnischen Nachbar bedrängten Deutschtum Danzig durch zahlreiches Erscheinen in der urdeutschen alten Hansestadt das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit durch die Tat zu beweisen und vor aller Welt die enge Schicksalsverbundenheit des gesamten Deutschtums im Osten kund zu tun.

Fahrpreis je nach Teilnehmerzahl 6 bis 8 Mark.

Das Protektorat:

Hasenjaeger, Oberbürgermeister — Haring, Landgerichtspräsident — Fuhrmann, Oberregierungsrat
Brick, Postdirektor — Ludwig, Reichsbankdirektor — Dr. Schmidt, Stadtverordnetenvorst.
Kuschfeldt, Stadtrat.

Die Verbände:

Deutscher Ostmarkenbund. Turnverein 1861. Marineverein „Prinz Admiral" Kreis Kriegerverband. Schützenverein 1925. Turnverein Jahn. Sportverein Germania. „Stahlhelm" Bund der Frontsoldaten. Ring Alter Waffenstudenten.

Original
Massey-Harris Mähmaschinen

sowie andere bewährte Fabrikate
prompt ab Lager lieferbar

Gustav Denzer

Eisengießerei und Maschinenfabrik

Telephon 37 Telephon 248

Zwangs-Versteigerung

am **Sonnabend, den 25. Juni 1927** vorm 10 Uhr **in Stolp,** Sandberg 1:

1 Vertiko, 1 Spiegel, 1 Klubsessel (Gobelin), **3 Sessel, 1 Tisch, 3 Schränke, 2 Schreibtische, 3 Hobelbänke, 1 Harmonium, 5 Türen, 500 Paar Pantoffelhölzer, 22 Maurer-Gerüststangen, 1 Ruhebett** mit Decke, **2 Bettvorleger, 1 Nähmaschine, 1 Büfett, 11 Herrenpelze, 3 Damenjacken, 2 Schreibmaschinen, 2 Schreibtische, 2 Bürotische, 1 Bohrmaschine, 1 Bücherschrank**

öffentlich, meistbietend gegen bar.

Schennemann,
Ober-Gerichtsvollzieher.
Stolp, Uhlandstr. 12.
Telefon 707.

Ia. Bohnermasse u. Fußbodenbeize
in bekannter Güte empfiehlt
J. de Veer, Langestraße 13

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen werden in einigen Tagen

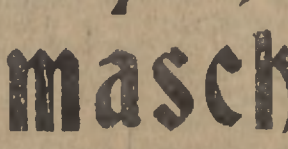
unter Garantie

d. d. echte unschädliche Teintverschönerungsmittel **Venus** Stärke B (ges. gesch.)

beseitigt.

Keine Schälkur. Preis Mk. 2,75. Nur zu haben bei:

Joh. Seb. Bach, Markt 25, Germania-Drogerie
Hans Raddatz, Mittelstr. 44.



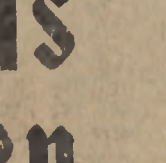
F. W. Feiges Buchdruckerei
Stolp i. Pom.
Fernruf 18 Präsidentenstr. 45
Anfertigung von
Drucksachen
aller Art
in schwarz und farbig.

Warnung!

Hausierer-Ware ist Ramschware — heißt es im Volksmunde. Ramschware ist minderwertig und wird deshalb gegenüber Qualitätsware immer zu teuer bezahlt.

In der Hausierer-Margarine sind die billigen Rohstoffe enthalten. Daher ist sie in keiner Weise zu vergleichen mit vollfetter, täglich frisch gebutterter Tafelmargarine

"Wienholz" Blauband.



Fordern Sie bei Ihrem Kaufmann "Wienholz" Blauband, so haben Sie die Gewähr, die feinste buttergleiche Tafelmargarine zu bekommen.

Weg Damit

Bestes Hühneraugenmittel, hilft sicher und schnell, wo alles versagte. à Tube 60 Pfg käuflich nur bei

R. Stach
jetzt Höhlenstraße 14 im Damen- und Herrensalon.

Freibank.

Sonnabend vorm. 8 Uhr
Verkauf von Rindfleisch u. Schweinefleisch.
Die Schlachthofverwaltung.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Ing.-Schule f. Masch.- u. Automobilbau, Elektrotechn. Ausg. Sonderabteilung f. Landtechn. u. Flugtechn.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.

2. Sonntag nach Trinitatis.
Vorm. 8½ Uhr Frühgottesdienst: Pastor Russe.
Vorm: 10 Uhr Predigt: Pastor Bottke.
Darnach Beichte: Derselbe, Feier des hl. Abendmahls.
Kollekte für Auslandsdiaspora.
1—2 Uhr Spargeldannahme in der Kirche (Turmhalle)
Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche: cand. theol. Witte.
2 Uhr desgl. im Evangelisationssaal.
Nachm. ½2 Uhr Taufen in der Sakristei.
Begräbniswoche: Pastor Bottke.
Trauungen, Taufen und Kommunionen: Pastor Spittel.

Evangelisationssaal (Arnoldstraße).

Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr Jugendbundstunde u. abends 8¼ Uhr Versammlung.
Jeden Montag 8¼ Uhr abds. Bibelbesprechstunde.
Donnerstag 8¼ Uhr abds. Gebetstunde der landeskirchlichen Gemeinschaft.

von Lettow-Pomeiske-Stift.

Donnerstag, den 30. Juni 1927, nachm. 5 Uhr: Bibelstunde. Pastor i. R. Oesterreich.

St. Spiritus-Kapelle.

Donnerstag, den 30. Juni 1927, nachm 5 Uhr Gottesdienst. Pastor Bottke.

Ev. kirchl. Blaukreuzverein.

Donnerstag, den 30. Juni abds. 8¼ Uhr Versammlung in dem Saal der Schloßkirche.

Evang. Jünglingsverein.

Montag 8 Uhr Versammlung. Brauer.

Schloßkirche.

Schloßgemeinde.
½9 Uhr vorm. Gottesdienst Pastor Gehrke:
Kollekte für die Auslandsdiaspora.

Kublitz.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Abendmahl. Pastor Gehrke.
Kollekte für die Auslandsdiaspora.
¾12 Uhr Kindergottesdienst

St. Johann.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Abendmahl. Pastor Russe.
Kollekte für Gemeindehaus Belgard und Armenpflege
St. Johann.
¾12 Uhr Kindergottesdienst.
1 Uhr Taufen. Pastor Russe.

St. Petri.

2. Sonntag nach Trinitatis.
Vorm. 10 Uhr Gottesdienst: Pastor Lamberg.
Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Vikar Steinberg.
Kollekte für die Auslandsdiaspora.
Trauungen: Pastor Lamberg.
Beerdigungen: Vikar Steinberg.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Georg Ziemann, Stolp. Druck von F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.